



Mitgliederversammlung der BAG

22.2. – 23.2.2020

Protokoll

1. Begrüßung

Utz Mörbe begrüßt für den Sprecher*innenrat der BAG die Teilnehmer*innen der Mitgliederversammlung.

Die Versammlung hält eine Schweigeminute für die Opfer des rechten Terrors in Hanau ab.

Birger Höhn verliest das Grußwort des Behindertenpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion Sören Pellmann.

2. Wahl der Sitzungsleitung

Zur Sitzungsleitung für den ersten Tag werden gewählt:

- Margit Glasow, Utz Mörbe, Birger Höhn, Doris Dörnhöfer

Zur Sitzungsleitung für den zweiten Tag werden gewählt:

- Jörn Weichold, Florian Grams, Julia Wolter, Sonja Bay

3. Wahl der Protokollführung

Rolf Kohn wird als Protokollführer gewählt.

4. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Abstimmung der Tagesordnung,

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Versammlung stellt einstimmig die ordnungsgemäße Einladung zur Versammlung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird erweitert:

TOP 18: Unterstützungsbitten von Utz Mörbe zu seiner Landtagskandidatur

TOP 20: Verschiedenes

Der vorgesehene Tagesordnungspunkt 18 „Anträge“ wird zum Punkt 19.

Der vorgesehen Tagesordnungspunkt 19 „Schlusswort“ wird zum Punkt 21.

Über die Aktivitäten der einzelnen LAGen wird in der Arbeitsgruppe 1 berichtet.

Antrag Bernard Bonsu

Bernard Bonsu stellt den Antrag, eine Generaldebatte zu dem Anschlag in Hanau und den Ursachen zu führen. Der Antrag wird von der Versammlung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bernard Bonsu hält eine Gegenrede zur Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkt 18 und 20.

Die Tagesordnung wird mit den ergänzten Punkten mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme beschlossen.

Anträge Dennis Friedel Heiermann

Dennis Friedel Heiermann zieht nach Rücksprache die von ihm vorgesehenen Anträge zurück, damit diese erst in der LAG NRW umgesetzt werden.

Antrag Ulrike Haase

Ulrike Haase stellt den Antrag, eine Solidaritätserklärung zu den Opfern und deren Angehörigen in Hanau zu beschließen. Die Versammlung unterstützt dies mit großer Mehrheit. Die Versammlung beauftragt Ulrike Haase, Natalie Prautsch und Bettina Fenzel, einen Entwurf für die Erklärung zu erarbeiten.

5. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.9.2019

Das Protokoll wird ohne Änderung bei einigen Enthaltungen von der Mitgliederversammlung angenommen.

6. Wahl der Mandatsprüfungskommission, Bericht der Mandatsprüfungskommission

Sonja Bay und Julia Wolter werden bei einer Enthaltung in die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Die Mandatskommission gibt ihren Bericht ab:

Es sind 41 Mitglieder der BAG anwesend, davon sind 36 Mitglieder der Partei DIE LINKE.

14 der anwesenden BAG-Mitglieder sind weiblich, 27 BAG-Mitglieder männlich.

7. Wahl der Wahlkommission und der Antragsberatungskommission

Detlef Bay, Werner Zieger, Marion Zieger, Jean-Luc Torrilhon und Dagmar Dubell werden bei wenigen Enthaltungen in die Wahlkommission gewählt.

Doris Dörnhöfer wird einstimmig bei einer Enthaltung als Antragsbeauftragte gewählt.

8. Wo steht die Partei DIE LINKE, was sind die künftigen Herausforderungen und welche Rolle kann dabei die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik spielen?

Vorträge und Diskussion

Inge Höger, Landessprecherin DIE LINKE NRW, AKL

Friedrich Rabe, Mitglied im Bundesausschuss, KPF

Inge Höger:

Die Gesellschaft ist im Umbruch, die Kriegsgefahr wächst, es gibt eine massive Umweltzerstörung. In der Politik gibt es eine Polarisierung und eine Erosion der großen Volksparteien. AFD und Rechte gewinnen europaweit.

Es gibt andererseits auch positive politische Bewegungen: Die Reaktionen auf die Thüringenwahl, Fridays für Future, die Kämpfe um den Hambacher Forst und auch die Diskussion um den Mietendeckel und die Vonovia-Enteignung.

DIE LINKE wird oft nicht in der Öffentlichkeit als Alternative und kämpfende Partei wahrgenommen. Es muß uns gelingen, den Zusammenhang von Klimaschutz und Sozialer Lage herzustellen. Wir müssen den Kapitalismus und die Eigentumsfrage in jeder Auseinandersetzung zum Thema machen.

Wichtig ist die Verbindung der Utopie mit dem Konkreten.

Friedrich Rabe

Nach den Wahlniederlagen bei den Landtagswahlen muß eine Analyse des Problems erfolgen und dann erst die Strategiedebatte. Seiner Meinung ist die Strategiedebatte aber gar nicht notwendig – eine Konzentration auf die Umsetzung des Erfurter Programmes würde reichen.

Es gab keine Analyse der Lage, sondern die Debatte wurde häufig um Einzelpersonen geführt. Wir sind bisher nicht die treibenden Kräfte und Auslöser in den aktuellen politische Auseinandersetzungen, wie z.B. bei der Enteignungsdebatte.

Hanau ist Ergebnis und Ausdruck des kapitalistischen Systems – letztendlich das Ergebnis des kapitalistischen Konkurrenzsystems. Die Frage von Krieg und Frieden ist brennender denn je und die USA treibt die Kriegsgefahr voran. Die Forderung nach Butter statt Kanonen ist aktueller denn je.

Es besteht die Gefahr, daß Einzelpunkte an die Stelle eines Programmes (des Erfurter Programms) gestellt werden und wir dann die rote Linie verlieren.

Radikale Forderungen zu stellen heißt nicht, nur die Quantität zu erhöhen. Eine zentrale Frage ist: Wem gibt die Demokratie heute die Macht? Faschismus ist nicht die Folge der Politik von AFD und Höcke – der Kapitalismus mündet in den Faschismus, wenn er sich mit demokratischen Mitteln nicht mehr an der Macht halten kann.

Auf die beiden Vorträge folgten viele Fragen der Mitglieder.

Im Rahmen der Debatte stellte Margit Glasow ihre Arbeit als Inklusionsbeauftragte dar.

GO-Antrag – Bernard Bonsu

Bernard Bonsu beantragte eine Verlängerung der Debatte. Der Antrag wird von der Versammlung mehrheitlich abgelehnt.

Vortrag Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte

Margit Glasow berichtet von ihrer Arbeit und der Arbeit der AG Teilhabe.

9. Wie kann politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Partizipation auf Augenhöhe gelingen?

Vortrag und Diskussion

Matthias Kempf, Magister Bildung und Arbeit

Matthias Kempf berichtet zum Thema politische Partizipation.

11. Arbeitsgruppen

1. Gruppe:

Welche Möglichkeiten bietet die Partei jetzt schon im Bund, vor Ort und im Land an, damit Menschen mit Behinderungen teilhaben können?

Leitung - Doris Dörnhöfer, Detlef Bay, Jörn Weichold

Protokoll: Rolf Kohn

Rolf Kohn gab einen Überblick über Maßnahmen und Initiativen der Partei auf verschiedenen Ebenen, Barrierefreiheit und Inklusion umzusetzen:

Das Budget für die BAG, Rampen und Gebärdensprachdolmetschungen auf den Bundesparteitagen, die Stelle in der Bundesgeschäftsstelle für die BAG und das Thema Inklusion, der Preis für barrierefreie Geschäftsstellen, die Anschaffung

von 3 Höranlagen in NRW, die Bezahlung der Reisekosten für Assistenzen und nicht zuletzt die Inklusionsbeauftragte und AG Teilhabe mit einem Budget für Reisekosten und Veranstaltungen, z.B. den Freitags-Talk.

Danach gibt es Berichte aus einzelnen Bundesländern:

Bayern:

Nachdem der von der LAG vorgeschlagene Teilhabebeauftragte zurückgetreten ist wurde ein Teilhabebeauftragter vom Landesvorstand ohne Beteiligung der BAG ernannt.

Es gibt stundenweise eine Gebärdensprachdolmetschung und eine Induktionsschleife. Es muß beachtet werden, daß der Landesverband Bayern arm ist. So gab es beim Landesparteitag keine barrierefreie Halle, da sie preiswert war und ein Rollifahrer mußte von 4 Genoss*innen getragen werden. Die LAG hat 2 Delegierte beim Landesparteitag. Die LAG hat sich mit ihren Positionen in die Erarbeitung von Wahlprogrammen eingebracht.

Sachsen

Die Linksjugend in Sachsen hat eine eigene Inklusionsbeauftragte.

NRW

Der Landesverband hat auf Initiative der LAG und anderer Genoss*innen seit einigen Jahren ein Teilhabekonzept, eine Inklusionsbeauftragte und eine AG Teilhabe. Es wurde auf Antrag der LAG ein Inklusions- und Teilhabefonds in Höhe von 3000 EURO eingerichtet. Mit diesem werden Massnahmen von Kreisverbänden für mehr Barrierefreiheit unterstützt. So wurden mobile Rampen angeschafft, der Umbau eines Toilettenraumes in eine barrierefreie Toilette gefördert, die Anschaffung einer Höranlage im Kreisverband Hamm für die Hörberatung und die Anschaffung von 2 Höranlagen für den Landesverband gefördert.

Vom Landesverband werden nur noch Veranstaltungen der Kreisverbände gefördert, die in barrierefreien Räumlichkeiten stattfinden.

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein hat der Landesvorstand einen Fahrtkostentopf in Höhe von 1000 EURO beschlossen. Das Budget der LAG beträgt 1000 EURO.

Thüringen

In Thüringen hat die LAG Delegierte.

Bremen

In Bremen wurde vor Kurzem die LAG anerkannt.

Brandenburg:

Das Budget der LAG beträgt 1500 EURO.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe ergab die nachstehenden Anregungen:

- Es muß in Zukunft mehr Leichte Sprache in den Veröffentlichungen genutzt werden.
- In allen Bundesländern sollen Teilhabekonzepte, AG Teilhaben und Inklusionsbeauftragte und Teilhabe- und Inklusionsfonds beantragt werden
- Es muß in Zukunft mehr auf die Bedürfnisse von Menschen mit psychischen Behinderungen eingegangen werden
- Wir müssen uns mit den Satzungen auskennen, damit wir unsere Rechte als Mitglieder und LAGen auch wahrnehmen können, unsere Teilhabe durchsetzen können
- Wir bringen uns in Zukunft noch mehr in politische Debatten ein, damit wir und unsere Themen in der Partei sichtbar werden

2. Gruppe:

Wie können wir das Empowerment der Genoss*innen mit Behinderungen stärken und ihr Selbstvertretungsrecht besser umsetzen?

Leitung - Birger Höhn, Utz Mörbe

Protokoll: Julia

In der Arbeitsgruppe wurden folgende Punkte festgestellt:

- Wir müssen auf Selbstbestimmung bestehen, informieren und Menschen mitnehmen
- Wir müssen den Mut haben zu kritisieren
- Selbstvertretung heisst, die eigenen Schwächen und Stärken zu kennen
- Strukturen sind wichtig
- Wir müssen auf Rechte bestehen und aktiv gegen Unrecht angehen
- Wir müssen uns selber als Menschen ansehen
- Es gehört mehr Politik in die Schulen und Förderschulen
- Menschen nehmen gerne Ratschläge und Ideen an
- Es müssen alle Arten von Behinderungen anerkannt werden
- Jeder Mensch verdient Unterstützung, denn Alle sind wertvoll
- Wie müssen lernen, zu Differenzieren und zu Analysieren

- Behinderungen nicht als Defizit ansehen
- Jede/r kann sich selbst vertreten

13. Rechenschaftsbericht des Sprecher*innenrates vom April 2018 bis Februar 2020

Die Mitglieder des Sprecher*innenrates tragen den Rechenschaftsbericht vor. Es folgen Fragen der Mitglieder und eine Diskussion.

Antrag auf Schluss der Redeliste

Der Antrag wird mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme angenommen.

14. Finanzen

Der Koordinator der BAG berichtet über die Finanzen der BAG und die Ausgaben. Durch die wachsende Mitgliederzahl und die größeren Mitgliederversammlungen steht die BAG vor großen finanziellen Anforderungen.

Die von den Mitgliedern gestellten Fragen werden beantwortet.

Entlastung des Sprecher*innenrates

Der Antrag auf Entlastung des Sprecher*innenrates wird mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen.

15. Wahl des Sprecher*innenrates

Die Wahlkommission übernimmt die Sitzungsleitung.

1. Erläuterung des Wahlverfahrens

Detlef Bay erläutert für die Wahlkommission das Wahlverfahren. Es sind 37 abstimmungsberechtigte Mitglieder anwesend, die sowohl in der BAG als auch in der Partei DIE LINKE sind.

2. Festlegung der Größe des Sprecher*innenrates

Es wird vorgeschlagen, die Größe des Sprecher*innenrates auf 10 Mitglieder festzulegen:

Die Mitgliederversammlung beschließt mit großer Mehrheit bei 3 Gegenstimmen, die Größe des Sprecher*innenrates auf 10 Mitglieder festzulegen.

3. Kandidat*innenvorstellung/Wahl der quotierten Liste

Für die quotierte Liste werden folgende Mitglieder vorgeschlagen:

Sonja Bay, Doris Dörnhöfer, Bettina Fenzel, Margit Glasow, Ulrike Haase, Kristina Schulz, Julia Wolter

Alle Kandidatinnen stellen sich vor. Es findet eine geheime Wahl statt. Es wurden 37 Stimmzettel abgegeben. 1 Stimmzettel war ungültig, 36 Stimmzettel waren gültig.

Die Auszählung ergab das nachstehende Wahlergebnis.

Sonja Bay	26 Stimmen
Doris Dörnhöfer	15 Stimmen
Bettina Fenzel	11 Stimmen
Margit Glasow	33 Stimmen
Ulrike Haase	21 Stimmen
Kristina Schulz	16 Stimmen
Julia Wolter	27 Stimmen

Somit wurden im 1 Wahlgang in den Sprecher*innenrat gewählt:

Sonja Bay, Margit Glasow, Ulrike Haase, Julia Wolter.

Die anderen Kandidat*innen erreichten nicht das notwendige Quorum von 19 Stimmen.

Für den 2. Wahlgang kandidierte Kristina Schulz. Die geheime Wahl ergab das nachstehende Wahlergebnis:

Es wurden 36 Stimmzettel abgegeben – Alle waren gültig.

Kristina Schulz erhielt 21 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Kristina Schulz wurde somit in den Sprecher*innenrat gewählt.

4. Kandidat*innenvorstellung/Wahl der unquotierten Liste

Antrag:

Es werden keine Fragen mehr zugelassen, die alle Kandidaten beantworten sollen, damit der Zeitplan eingehalten werden kann und alle Wahlen stattfinden können.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag auf Rückholung des vorherigen Antrages

Der Antrag auf Rückholung und erneuter Abstimmung wird mit großer Mehrheit bei 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Antrag:

Es wird beantragt, daß Mitglieder, die auf Grund ihrer Behinderung schlecht oder langsamer reden können, statt 3 Minuten 6 Minuten Zeit bekommen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Für die unquotierte Liste werden folgende Mitglieder vorgeschlagen:

Bettina Fenzel, Florian Grams, Birger Höhn, Utz Mörbe, Uwe Neuer, Jörn Weichold,
Manfred Wolter

Die Kandidat*innen stellen sich vor. Es findet eine geheime Wahl statt.

Es wurden 35 Stimmzettel abgegeben. Alle Stimmzettel waren gültig.

Die Auszählung ergab das nachstehende Wahlergebnis:

Bettina Fenzel	8 Stimmen
Florian Grams	26 Stimmen
Birger Höhn	27 Stimmen
Utz Mörbe	27 Stimmen
Uwe Neuer	13 Stimmen
Jörn Weichold	22 Stimmen
Manfred Wolter	17 Stimmen

Somit wurden im in den Sprecher*innenrat gewählt:

Florian Grams, Birger Höhn, Utz Mörbe, Jörn Weichold

Es war für den 5. unquotierten Platz im Sprecher*innenrat ein zusätzlicher Wahlgang notwendig, da das Quorum nicht erreicht wurde. Es kandidierten im 2. Wahlgang Uwe Neuer und Manfred Wolter. Die geheime Wahl ergab das folgende Ergebnis:

Es wurden 29 Stimmzettel abgegeben – 3 waren ungültig, 26 waren gültig.

Manfred Wolter	14 Stimmen
Uwe Neuer	12 Stimmen

Somit wurde Manfred Wolter in den Sprecher*innenrat gewählt.

17. Beschluss über Kandidat*innenvorschläge der BAG für den Parteivorstand

Die Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik unterstützt per Akklamation die Kandidatur von Ilja Seifert für den Parteivorstand.

Margit Glasow erklärt, daß sie vielleicht auch für den Parteivorstand kandidiert. Sie wird dies aber für ein breiteres Themenfeld als die Behindertenpolitik machen und ihr Verständnis für einen weiten Inklusionsbegriff einbringen. Sie bittet die Mitglieder der BAG, ihre Kandidatur als Parteitagsdelegierte zu unterstützen und in den Gremien, in denen sie arbeiten, für sie zu werben.

Ilja gibt ein Statement zum Thema Behindertenpolitik ab und erklärt, warum er für den Parteivorstand kandidiert.

18. Beschluss - Unterstützung der Kandidatur von Utz Mörbe für den Landtag

Antrag Andreas Scheibner:

Die BAG unterstützt alle Kandidaturen ihrer Mitglieder zu den Kommunalparlamenten, den Landesparlamenten und dem Bundestag.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen.

Die Mitgliederversammlung unterstützt somit die Kandidatur von Utz Mörbe für den Landtag in Baden-Württemberg.

19. Anträge

Der Entwurf der Solidaritätserklärung für die Opfer und deren Angehörigen des Amoklaufes in Hanau wird vorgestellt.

Die Mitgliederversammlung beschliesst die Erklärung wie folgt zu ergänzen „in Hanau und anderenorts“. Die ergänzte Erklärung wird einstimmig verabschiedet.

20. Verschiedenes

- Tobias Jacob liest seinen Brief an Ursula von der Leyen zu Frieden und Umwelt vor.
- Dennis-Friedel Heiermann schlägt vor, daß die BAG mit Transparenten zum VVN-BdA beim BPT auf die Bühne geht
- Bernard Bonsu fordert daß die Schuldenbremse aus der Hamburger Verfassung entfernt wird

21. Schlusswort des neuen Sprecher*innenrates

Sonja Bay hält das Schlusswort und schliesst die Versammlung.